

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 2.40. Einzelheften in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Bahnhöfen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonial-Pelle 50. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Bredt. Druck von E. H. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prüll, Hannover. Redaktionschluss: Sonnabend mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. Fernsprech-Anschluß 3002.

600 000

Die stürmische Periode in der Entwicklung unseres Verbandes ist wohl vorüber, aber der Vormarsch geht weiter. Wie ein Magnet alle ihm wesensgleichen Körper anzieht, so auch die Organisation. Allerdings ist damit die Assimilation (Angleichung) noch nicht erfolgt, und so treten denn hier und da Störungen auf, die dem Ganzen nicht gefährlich werden können, denn der Organismus an sich ist gesund. Außerdem entwickelt jeder lebende Körper bekanntlich Gegengifte, die dazu dienen, auftretende Krankheitsstoffe unschädlich zu machen. Fremdkörper werden ausgeschieden. Diese Erscheinung konnten wir insbesondere auch im letzten Jahre in unserem Verbandsleben beobachten. Wie wacker hat sich die Mitgliedschaft gewehrt gegen das Hineintragen des zerfetzenden Giftes politischer Streitfragen in das Verbandsleben. Sie hat sofort Front gemacht gegen die Zerstörung der Einheitsfront durch Neugründungen innerhalb unseres Verbandsgebietes. Auch gegen die Zerreißen der Zentralisation ist die Mitgliedschaft zielstrebig und mit Erfolg vorgegangen, als in unreifen Köpfen die Schaffung der reinen Betriebsorganisation spukte. Heute hat der Revolutionszuwachs seinen ersten und intensivsten Gärungsprozess zum größten Teil überwunden. Hier und da kommt wohl sein ungestümes Kraftgefühl nochmals zur Geltung, und er möchte am liebsten, diesem Gefühle folgend, die Warnungen des erfahrenen Freundes in den Wind schlagen. Aber der Jüngling reift ja nun auch zum Manne und die Praxis klärt seine Anschauung und erzieht ihn zur Besonnenheit, die dem Manne ziemt. Prüfen soll der Verstand, was die Verantwortung zu tragen vermag. In diesem Sinne soll der Starke handeln, nicht nur der Schwache, denn er erliegt zu leicht der Gefahr, seine Kraft zu überschätzen und dadurch schwere Fehler zu begehen. Es ist auch heute immer noch richtig, was Dante sagte:

„Wer sich von der Vernunft entfernt und nur seine Sinne gebraucht, lebt nicht wie ein Mensch, lebt wie ein Tier; wie es der treffliche Boethius ausdrückt: Es lebt der Esel in ihm.“

Das ist allerdings etwas drastisch; aber es hat schon seine Richtigkeit, was Dante sagte und mit seinem Zitat beweisen wollte. Ebenso richtig ist auch das chinesische Sprichwort:

„Die Vernunft ist für den Weisen, das Gesetz für den Unweisen.“

Wir können sagen, daß innerhalb unseres Verbandes — von kleinen Unebenheiten abgesehen — die Vernunft immer die Oberhand behalten hat, und es ist anzunehmen, daß es auch fernerhin so sein wird. Die seit Kriegsende zu uns gekommenen neuen Streiter haben sich bereits mehr und mehr die Kampfartik der erprobten Kämpfer zu eigen gemacht. Sie haben in der Praxis gelernt, vor dem Angriff sich erst über die Stellung des Gegners und über das Kampfgebiet zu orientieren. In Gemeinschaft mit den Führern wird dann der Schlachtplan festgelegt, und diese Taktik sichert den Erfolg. Freilich dürfen unsere neuen Mitkämpfer nicht glauben, daß immer alles nach Wunsch programmgemäß verläuft. Auch der Sieger bringt Wunden aus dem Kampfe mit zurück. Deshalb wirft der gute Kämpfer aber nicht die Waffen weg und läuft von der Truppe fort, d. h. aus dem Verbands; vielmehr läßt er seine Wunden heilen, schärft seine Waffen und nimmt sich vor — durch die Erfahrung gewöhnt — begangene Fehler nicht zu wiederholen. Diese Taktik hat unsere Organisation groß und stark gemacht und soll es noch mehr. Wie klein haben wir doch angefangen und wie groß sind wir geworden. Geboren ist unser Verband im Jahre 1890; er wird also in diesem Jahre 30 Jahre alt und hat schon manchen Sturm erlebt. Die nachfolgende Tabelle soll zeigen, wie die Entwicklung der Mitgliederzahl seit der Verbandsgründung vor sich gegangen ist.

Jahr	Mitgliederzahl am Jahreschlusse	Mitglieder-Zu- + oder - Abnahme	
		gegen das Vorjahr absolut	in Proz.
1890	1 961		
1891	2 229	+ 268	13,66
1892	3 177	+ 948	42,53
1893	4 619	+ 1 446	35,51
1894	5 559	+ 940	20,35
1895	7 312	+ 1 753	31,53
1896	13 373	+ 6 061	82,89
1897	17 505	+ 4 132	30,89
1898	20 889	+ 3 384	19,33
1899	24 415	+ 3 526	16,88
1900	31 906	+ 7 491	30,68
1901	34 051	+ 2 145	6,72
1902	31 866	- 2 185	6,41
1903	45 533	+ 13 667	42,88
1904	50 781	+ 5 248	11,52
1905	75 870	+ 24 889	49,01
1906	123 215	+ 47 345	62,40
1907	136 885	+ 13 670	11,09
1908	133 635	- 3 250	2,37
1909	141 024	+ 7 391	5,53
1910	167 097	+ 26 073	18,48
1911	189 443	+ 22 346	13,38
1912	207 597	+ 18 154	9,58
1913	207 384	- 213	0,10
1914	130 341	- 77 043	37,15
1915	85 118	- 45 223	34,70
1916	80 545	- 4 573	5,37
1917	110 584	+ 30 039	37,29
1918	256 577	+ 145 993	132,02
Febr. 1919	300 000		
Mai „	400 000		
Juli „	500 000		
Jan. 1920	600 000	+ 343 423	133,85

Die Zunahme beträgt vom 31. Dezember 1918 bis Mitte Januar 1920 — also drei Wochen mehr als ein Jahr — 343 423 Mitglieder. Das ist seit Bestehen unseres Verbandes die stärkste Zunahme innerhalb eines Jahres. Noch gewaltiger tritt die Steigerung der Mitgliederzahl in Erscheinung, wenn wir sie mit dem 3. Quartal 1918 vergleichen. Damals hatten wir 123 608 Mitglieder und jetzt, nach fünf Vierteljahre, ein Mehr von 476 392. Wir haben also auf dem Gebiete der Mitgliederbewegung mit anderen Zahlen zu rechnen gelernt als vor dem Kriege; alle Maßstäbe sind verschoben.

Der Aufstieg wird ja nunmehr langsamer vor sich gehen, weil die Zahl der Unorganisierten immer kleiner wird. Dafür muß aber der geistige Aufstieg um so mehr weitergehen. Die Kenntnis der lokalen Verhältnisse genügt heute nicht mehr zur Beurteilung der jeweils gegebenen Sachlage, wenn wir in eine Bewegung eintreten. Bei der heutigen Ausdehnung unserer Organisation wird durch eingeleitete Aktionen ein ganzer Komplex von Wirtschaftsfragen berührt, deren Kenntnis wir uns aneignen müssen. Unsere Mitglieder müssen alle Bildungsmöglichkeiten wahrnehmen, um sich mit dem „Rüstzeug des Jahrhunderts“ auszustatten. Wir müssen universel (umfassend) denken lernen; unser Blick und unser Urteil müssen geweitet werden. Eine organisatorisch und geistig auf der Höhe stehende Arbeiterschaft kann Gewaltiges leisten; nur müssen wir uns vorsehen, daß unsere Einigkeit nicht zerrissen wird und wir nicht in die frühere Bedeutungslosigkeit zurückgeschleudert werden in dem Augenblicke, da wir dem Gipfel unserer Macht am nächsten sind.

Wo bleibt der Reichs-Arbeiterrat?

S. A. K. Langsam, allzu langsam vollzieht sich der Aufbau des in der Verfassung festgelegten Räteystems. Reichlich neun Monate nach der Revolution ist der Gesetzentwurf über die Betriebsräte der Nationalversammlung vorgelegt worden. Vier Monate hat sie gebraucht, den Entwurf mit parlamentarischer Gründlichkeit durchzubearbeiten; wenn alles gut geht, wird das Gesetz von der Nationalversammlung etwa Mitte Januar verabschiedet werden. Das heißt, wenn nicht in letzter Stunde die bürgerlichen Parteien neue Schwierigkeiten bereiten, indem sie zur dritten Lesung neue, für die Sozialdemokratie unannehmbarere

Schwächungsanträge einbringen. Kommt das Gesetz über die Betriebsräte, so wie es von sozialpolitischer Ausschuss der Nationalversammlung beschlossen worden ist, zustande, so sind damit gewiß nicht alle berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft erfüllt, aber es ist doch ein sehr bedeutender Fortschritt auf dem Gebiete der Arbeitsverfassung erzielt, der namentlich, wenn die Arbeiter und Angestellten wirklich tüchtige Vertreter in die Betriebsräte wählen, die ihre neuen Rechte geschickt ausnutzen, zu einer tiefgreifenden Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse führen kann. Es bedeutet daher gewiß keine Unterschätzung des von den Betriebsräten auszuübenden Einflusses, wenn man heute wieder einmal daran erinnert, daß die Betriebsräte doch eben nur ein

Glied in dem geplanten Räteystem darstellen, daß den Arbeitern noch andere Vertretungen durch die Verfassung zugesichert worden sind. Wann diese anderen Arbeiterräte, die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat kommen werden und wie sie im einzelnen gestaltet werden sollen, darüber hat die Öffentlichkeit bisher nichts erfahren.

Im „Reichsanzeiger“ ist kürzlich der Entwurf einer vom Reichswirtschaftsministerium aufgestellten Verordnung über einen vorbereitenden Reichswirtschaftsrat veröffentlicht worden. Dieser Entwurf soll demnächst dem Reichskabinett zur Beschlussfassung vorgelegt werden. So wahrscheinlich im Laufe der nächsten Wochen auf dem Verordnungsweg gefestigte Geltung erlangen. Es erscheint daher dringlich, die Frage aufzuwerfen: Wo bleibt der Reichsarbeiterrat?

Der vorbereitende Reichswirtschaftsrat hat, wie schon sein Name besagt, nur vorläufigen Charakter, und es mag schon sein, daß seine baldige Errichtung für die Regierung besonders wichtig ist. Die Verfahrenheit, an der heute unser gesamtes Wirtschaftsleben krankt, der zugespitzte Streit um die Aufrechterhaltung bzw. Wiedereinführung der Zwangswirtschaft, die unaufhörliche Verteuerung wichtiger Bedarfsgegenstände, die gewissenlose Verschleuderung wertvollen Nationalbesitzes an das Ausland und andere unerträgliche Tatsachen lassen es verständlich erscheinen, wenn die Regierung den Wunsch hat, sich bei der Entscheidung dringlicher Fragen auf den Rat anerkannter Sachleute zu stützen. Die Arbeiterschaft hat gewiß keinen Anlaß, der Regierung hierbei hindernd in den Arm zu fallen, zumal sich aus den Bestimmungen des veröffentlichten Entwurfs ergibt, daß es sich keineswegs um eine Körperschaft handelt, in der, wie es früher bei solchen Anlässen üblich war, lediglich die Interessen des Unternehmertums vertreten sind. Die Grundlage des vorbereitenden Reichswirtschaftsrates bildet eine sorgfältig abgewogene Parität. Den Arbeitgebern steht überall eine gleich große Zahl von Arbeitnehmern gegenüber. Eine Ausnahme machen nur die Vertreter der Verbraucher und die von der Reichsregierung bzw. dem Reichsrat zu ernennenden Personen. Im einen wie im anderen Falle ist jedoch anzunehmen, daß das gleichberechtigte Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht erschüttert werden wird. Im Artikel VII des Entwurfs ist außerdem Vorsorge getroffen, daß diejenigen, die bei einer Abstimmung in der Minderheit geblieben sind, ihre Stellungnahme gleichwohl der Reichsregierung übermitteln können.

Die Arbeiterschaft hat aber begründete Ursache, auch bei dieser Gelegenheit nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Errichtung eines paritätisch zusammengesetzten Wirtschaftsparlamentes, wie es der vorbereitende Reichswirtschaftsrat sein soll, keinen Ersatz für die den Arbeitern und Angestellten verprochenen einseitigen Interessenvertretungen darzustellen vermag. Das Unternehmertum besitzt derartige besondere Interessenvertretungen seit vielen Jahren in Gestalt der Landwirtschafts-, Handwerks- und Handelskammern. Auf ihre Wirksamkeit ist es wesentlich mit zurückzuführen, wenn in der vorrevolutionären Zeit die Reichsämter und sonstigen Regierungsbehörden ausschließlich auf die Wahrung kapitalistischer Unternehmerinteressen eingestellt waren. Das einseitige Vorhandensein dieser Unternehmerkammern war ein sprechender Beweis für den kapitalistischen Klassencharakter des alten Deutschlands, und es ist daher nicht nur eine Förderung der Arbeiter selbst, sondern eine Staatsnotwendigkeit, die von der sozialen Republik aus Gründen der Selbsterhaltung beschleunigt erfüllt werden muß, daß den öffentlich rechtlichen Unternehmervertretungen gleichwertige Arbeitnehmervertretungen in Form der Arbeiterräte gegenübergestellt werden. Es ist ein richtiger Grundsatz, daß die bisherige Einseitigkeit nicht durch eine neue Einseitigkeit ersetzt, daß vielmehr die öffentlich-rechtliche Vertretung unseres Wirtschaftslebens künftig auf eine paritätische Grundlage gestellt werden soll. Dies kann jedoch logischerweise nur in der Form geschehen, daß zunächst den Arbeitern und Angestellten die fehlenden Interessenvertretungen gegeben werden, und erst wenn diese bestehen, kann auf ihnen und den Vertretungskörpern der Unternehmer die gemeinsame Vertretung der Wirtschaft aufgebaut werden.

Das ist auch der Weg, der in der Verfassung vorgezeichnet ist. Dort heißt es im Artikel 165: „Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialversicherungsgeetze mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volksschichten zu Bezirkswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammen.“ Wenn daher die Reichsregierung nunmehr das Bedürfnis empfindet, zunächst einen vorbereitenden Reichswirtschaftsrat ins Leben zu rufen, so muß die Arbeiterschaft verlangen, daß mindestens gleichzeitig auch ein vorbereitender Reichsarbeiterrat gebildet wird. Mag dieser auch, was seine Zusammensetzung anlangt, nicht gleich allen berechtigten Ansprüchen genügt, so wäre seine Schaffung doch ein außerordentlicher Fortschritt. Es wäre die erste anerkannte Interessenvertretung der gesamten deutschen Arbeitnehmerchaft. Zum ersten Male würde für die Arbeiter und Angestellten aller Richtungen eine gemeinsame Vertrauenskörperschaft gebildet sein, die legitimiert wäre, gegenüber den Reichs- und Landesbehörden bei allen Gelegenheiten die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten. Welchen großen Gewinn dies für die Volksgemeinschaft bedeuten würde, bedarf für den

Kenner der deutschen Arbeiterbewegung mit ihrer bellagenwerten Beschäftigung nach gewerkschaftlichen und politischen Richtungen keiner weiteren Darstellung. Vor allem wäre damit ein erster großer Schritt getan, um die unerträgliche Inparität zu beseitigen, die bisher auf dem Gebiete der öffentlich-rechtlichen Interessenvertretung zugunsten der Unternehmer geherrscht hat.

Man könnte sagen, daß der Durchführung dieses Planes sehr große Schwierigkeiten entgegenstünden. Aber dieser Einwand ist unberechtigt, denn wenn es möglich ist, den Arbeitern und Angestellten im Rahmen des vorbereitenden Reichswirtschaftsrats eine angemessene und gerechte Vertretung zu sichern, muß dies auch für einen vorbereitenden Reichsarbeiterrat möglich sein. Es gibt sogar einen ganz einfachen Weg; man braucht nur zu bestimmen, daß die dem vorbereitenden Reichswirtschaftsrat angehörenden Arbeitnehmervertreter zu einer besonderen Körperschaft, eben zu dem Reichsarbeiterrat, zusammengeschlossen werden. Dies erscheint auch aus dem Grunde geboten, weil nach dem vorliegenden Entwurf zu den Aufgaben des vorbereitenden Reichswirtschaftsrats der Aufbau der Arbeiterräte gehören soll, eine Aufgabe, die zweifellos in erster Linie von den Arbeitern selbst gelöst werden muß. Ferner spricht dafür, daß demnächst das Betriebsrätegesetz zu Stande kommen wird, dessen Durchführung sicher mancherlei nicht geringen Schwierigkeiten begegnen wird, wenn neben den Reichs- und Landesbehörden nicht eine vom Vertrauen der Arbeiterschaft getragene Körperschaft besteht, die bei auftauchenden Hemmnissen eine ausgleichende und unterstützende Tätigkeit ausüben vermag.

H. Lüdemann, Mitgl. d. Preuß. Land.-Verf.

Deutsche Wirtschaftsziele.

Mit dem Tage des Waffenstillstandes brach die deutsche Welt- und Wirtschaftsmacht für absehbare Zeit zusammen. Mit demselben Tage konnte auch die deutsche Nationalökonomie ihre allhergebrachten Schulbegriße ablegen und sich gezwungen, auf völlig ungeschicktem Boden, unter ganz neuen, noch wie dogmatischen Verhältnissen neue Erkenntnisse zu gewinnen und sich zu neuen Standpunkten durchzuarbeiten. Diese Situation wurde durch den Friedensvertrag verschärft, denn er bedeutet für die deutsche Volkswirtschaft, wird keine buchstäbliche Erfüllung mit Rücksichtslosigkeit durchgeführt, den Lebenslohn. Er verfolgt ganz unerbittlich die Tendenz, die deutsche Volkswirtschaft in absolute Abhängigkeit von den Entente-mächten zu bringen. Er will eine eigentümliche Wirtschaft, d. h. eine auf sich selbst gestellte und in sich selber ein vollständiges System bildende Wirtschaft verhindern. Aber diese Tendenz ist unausführbar und muß zu den jähren Krisen führen, denn die widerstreitend auf Schritt und Tritt dem Charakter der deutschen Arbeit, der deutschen Auffassung des Arbeitsbegriffes, dem Wesen des deutschen Arbeitwillens und der deutschen Arbeitsethik. Das deutsche Volk ist in jenem innersten Wesen das geborene Arbeitsvolk. Seine ethnologische Beschaffenheit und die geographische Lage, sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher, wie bodenkundlicher Hinsicht, haben es mit diesem Arbeitscharakter ausgestattet, der physisch wie psychisch zur Selbstständigkeit und Selbsthaltung drängt und jede mechanische Sklaverei als etwas Unmenschliches von sich weist. Bezieht die jetzige Entente auf der Verfassung Deutschlands, dann wird das deutsche Volk seine Konsequenzen daraus zu ziehen wissen, und man kann es verstehen, wenn schon heute ein so energiegeladener Wirtschaftspolitologe wie W. H. Müller als die Grundforderung der Gegenwart die ausspricht: „aus mehr denn je auf die Produktion zu konzentrieren.“

Die durch politische Zwang und den Zwang unserer schlechten Welt zu herbeigeführte Abhängigkeit Deutschlands vom Weltmarkt, vor allem von seinen Rohstoffgebern, wird in der Tat unsere landeseigene Produktion, die Hebung der Erträge unter der Erdoberfläche und auf dem Ackerboden, zum Ausgangspunkt jeder weiteren Wirtschaft machen müssen. Darum sind das Bergbauproblem (Kohle, Kali, Eisen) und das Agrarproblem die Hauptfragen der Gegenwart. Bei beiden handelt es sich überwiegend um private Besitzverhältnisse, deren jährenwiegende Bedeutung uns Marx-Engels klar gemacht haben. Sie führen naturgemäß zum Problem der Sozialisierung. Beim Bergbau ist das bereits ziemlich allgemein anerkannt, auch in nicht sozialistischen Kreisen, z. B. von den bürgerlichen Bodenreformern, aber auch von landwirtschaftlichen und Zentralpolitikern. Bei der Landwirtschaft hat man sich noch nicht so sehr über Klarheit hinweggerungen. Der Landwirt von heute ist nicht mehr der von 1912. Die Draufgänger des Landbundes hat in der Gegenwart das Gemeinwohl geschwächt und den Profitgedanken aufs Höchste gesteigert. Wollensdorf glaubt allerdings, man müsse selbst in dem Kampfe um das agrarische Wirtschaftsproblem vom 21. November, „zwischen den Heiden“, so etwas wie „den guten Willen“ herauslesen. Es wäre gewiß herrlich, wenn die deutschen Landwirte nur etwas von einem solchen allgemeinen Gemeinwohlgefühl und nicht bloß auf Eigenprofit getriebenen „guten Willen“ in die Tat umsetzen wollten. Leider liegt ihre Kampferregung fast ausschließlich in dieser Richtung ankommen, und so sehen wir bei der komplizierten Frage: „Wie einzeln wir die agrarische Umwandlung zur vollen Höhe?“

Gelugt es uns erst einmal, das deutsche Volk, das ja so begehrend in seine Ansprüche geworden ist, in der Hauptsache aus der eigenen Landwirtschaft zu ernähren, so wäre damit der erste wichtige Schritt zum wirtschaftlichen Selbstbestehen getan. Setzt die deutsche Landwirtschaft aber als Fremdbesitzer im Werte, steht sie bei den bestehenden Verhältnissen weiter jährenwiegend, so müssen andere Mittel und Wege gefunden werden, um den deutschen Volkswirtschaft zum höchsten Grade zu bringen und sie in der Wirtschaftslage vom Lande selbständig unabhängig zu machen — um zunächst wenigstens auf diesem Wege eine eigentümliche Wirtschaft zu bilden.

@@@ Aus der Industrie @@@

Chemische Industrie

Kohlenwassererzeugung in den Salinen?

Die „Voss'sche Zeitung“ brachte vor einiger Zeit eine Mitteilung, in der sie darzulegen versucht, daß in den deutschen Salinen gegenwärtig zur Herstellung von Speisefalz aus Sole jährlich etwa 1,8 Millionen Tonnen Braunkohle verbraucht werden, obwohl das Steinsalz an dieser Stelle teurer und dadurch die erforderliche Braunkohlenmenge gespart werden könnte. Durch diese Einsparung sollen pro Kopf der Bevölkerung neun Schöpfungstaler gespart werden pro Jahr der Bevölkerung zum Durchschnitt zur Verfügung gestellt werden können. Man kann das Gefühl nicht los werden, daß der Entwurf dieser Art, die zum Teil auch durch die übrige Tagespresse gegangener ist, in den Kreisen der Steinsalzbearbeiter-Interessenten gesucht werden muß. Obwohl gut könnte auch der Vorschlag gemacht werden, daß die übrige Volkswirtschaft für die Wirtschaft, des Bergwerkes, die Papierfabriken usw. gelöst werden soll, um das deutsche Volk ausreichend mit Brenn-

holz versorgen zu können. Mit solchen Mitteln läßt sich allerdings die in Deutschland zur Zeit herrschende Kohlennot nicht beheben.

Jur Sache selbst wollen wir folgendes bemerken:

Wir haben ungefähr 50 Salinen in Deutschland. Davon sind die Hälfte staatlich, die anderen Privatbetriebe. Was nun den Kohlenverbrauch von 1,8 Millionen Tonnen anbetrifft, so ist diese Zahl wohl reichlich hoch gegriffen und bei der heutigen unregelmäßigen Belieferung der Salinen mit Kohle schlecht nachzuprüfen. Tatsächlich liegen die Verhältnisse wie in anderen Betrieben; daß die Produktionsleistung wegen Kohlenmangels um rund 50 Prozent zurückgegangen ist. Daß die Salinen, weil ungefähr die Hälfte davon staatlich sind, besser mit Kohlen beliefert werden als andere Betriebe, ist nicht anzunehmen.

Auf einer am 21. Dezember v. J. in Magdeburg abgehaltenen Reichskonferenz der Salinenarbeiter wurde lebhaft darüber geklagt, daß die Salinen schlecht mit Kohle beliefert werden. Aus diesem Grunde mußten schon einige Betriebe geschlossen werden, andere wieder können nur in beschränktem Umfange arbeiten. Teilweise liegt die Hälfte der Pfannen still.

Würde nun die „Verschwendung“ von Kohle in den Salinen aufhören, so würden dadurch 3500 Salinenarbeiter arbeitslos. Die Kohle würde aber auf andere Art weiter „verschwendet“.

Die Salinenbetriebe sind auf ganz Deutschland verteilt, während die Steinsalzbearbeiter nur in Mitteldeutschland bestehen. Was bei der Verdampfung von Sole in den Salinen an Kohle gespart werden könnte, würde bei der Verfrachtung des bergmännisch gewonnenen Kochsalzes wieder zugekehrt, wodurch der heute noch herrschende Wagenmangel wahrscheinlich noch erheblich vergrößert würde.

Außerdem soll die Qualität beider Salzprodukte einer Prüfung unterzogen werden. Kenner beider Produktionsmethoden werden immer das Siebelsalz dem besser innisch gewonnenen Steinsalz vorziehen, trotzdem das erstgenannte im Preise etwas teurer ist. Das Steinsalz in der Grube mag noch so rein sein, es enthält immer Teile von Salzen und Anhydrit, die je nach der Beschaffenheit der Steinsalze auf den einzelnen Werken mehr oder weniger in dem gereinigten Kochsalz enthalten sind. Bei der bergmännischen Gewinnung von Sole zur Verdampfung in den Salinen werden diese Bestandteile ausgeschieden; mithin ist das Siebelsalz in gesundheitlicher Beziehung völlig einwandfrei und zur Herstellung von Heilmitteln geradezu unentbehrlich.

Aus all diesem kann man wohl schließen, daß die Entziehung der Kohle für die Salinen nicht im Interesse der Volkswirtschaft liegt. Hebung der Kohlenförderung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln und rationelle Ausnutzung des Frachtverkehrs können allein helfen, die Krise zu überwinden, in der sich das deutsche Wirtschaftsleben befindet.

W. Hoyer.

Zusammenschluß in der chemischen Industrie Oberschlesiens.

Unter der Firma Chemische Werke Oberschlesien G. m. b. H. haben sich mit dem Sitz in Hindenburg und einer Zweigniederlassung in Berlin zwei gemeinschaftlicher Verarbeitung und Verwertung ihrer gesamten Erzeugung an Leer, Benzol und Ammoniak die folgenden Firmen zusammengeschlossen: Bismarckhütte, A. Borzig Berg- und Hüttenverwaltung, Konfolidierte Gleiwitzer Steinhilfengruben, Gräflich Schaffgottische Werke G. m. b. H., Kattowitzer Aktiengesellschaft für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb, Oberschlesische Eisenindustrie A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Oberschlesische Kalkwerke und chemische Fabriken A.-G. Die Führung aller Gemeinschaftsbetriebe und den Verkauf aller Erzeugnisse haben die Oberschlesischen Kalkwerke übernommen, deren Vorstandsmittglied Generaldirektor Sie gleichzeitig die Geschäfte der Chemischen Werke Oberschlesien führen wird.

Kali-Industrie.

Nachträglich noch einiges zum Lohnvertrag für die Kali-Industrie. Bei den Verhandlungen in Berlin am 17. Dezember 1919 zwischen dem Arbeitgeberverband der Kali-Industrie und den Organisationsvertretern nebst der gewählten Kommission von Arbeiterausschussmitgliedern wurde der den Kollegen bereits bekannte Lohnvertrag abgeschlossen.

Was wir jetzt geschlossen haben, ist ein Reichs-Lohn-Tarifvertrag. Dieser Vertrag hat Geltung für sämtliche zum Arbeitgeberverband der Kali-Industrie-gehörigen Kalimerte und Kalifabriken.

Was die Löhne von bis anbetrifft, so fällt hier den Arbeiterschausmitgliedern die Aufgabe zu, bei Festlegung der Löhne für die Kollegen das Günstigste herauszuholen. Hierzu sei bemerkt, daß die Erhöhung der bisherigen Schichtlöhne für jeden Arbeiter über 21 Jahre mindestens 3,50 Mark betragen muß. Unter Voraussetzung normaler Leistung müssen auf jedem Werte von Inkrafttreten dieses Lohnvertrages an im Durchschnitt sämtliche Gedingearbeiter, mit Ausnahme der Jugendlichen und der Arbeiterinnen, auf die Schicht 3,50 Mk. mehr verdienen, als im Durchschnitt des Monats September 1919. Die in der Lohnstafel genannten Löhne sind feste Schichtlöhne und gelten für Arbeiter über 21 Jahre. An Arbeitsstellen, wo besondere Leistungen erzielt werden können, tritt bekanntlich in der Regel an Stelle des Schichtlohnes der Gedingelohn. Für diesen letzteren sind die vereinbarten Lohnsätze Mindestlöhne. Also nur, wo im Gedinge gearbeitet wird, gelten die in der Lohnstafel angegebenen Lohnsätze als Mindestlöhne.

Von außerordentlicher Bedeutung ist hierbei, daß man die Spannung der Löhne vom Gesichtspunkt des Reichslohntarifs aus betrachten darf. Beträgt dieser bei den Bestärkten den Unterschied von 3,50 bis 4 Mk., so ist derselbe bei der jetzigen Lohnstafel nur 2 bis 2,50 Mk. vermindert. Die Spannung der Löhne im ganzen Gebiete ist somit bedeutend kleiner geworden. Den Reichslohntarif selbst werden die Zahlstellen in nächster Zeit erhalten.

Was den bisher bestehenden Rahmenvertrag anbetrifft, so läuft derselbe vorläufig automatisch mit der Reichslohntafel weiter. Zu dem von den Arbeitern eingereichten Entwurf eines Rahmenvertrages ist unterdessen ein Gegenentwurf ausgearbeitet und dem Arbeitgeberverband überreicht worden. Verhandlungen darüber finden in nächster Zeit statt. Von den gewählten Kommissionen der Arbeiterschausmitglieder wurden die Organisationsvertreter ermächtigt, die Verhandlungen darüber möglichst bald herbeizuführen und den Rahmenvertrag zum Abschluß zu bringen.

W. Hoyer.

Papier-Industrie

Reichs-Arbeitsgemeinschaft für das Papierfach. Arbeitgebervertreter im Gesamtausschuß der Papiererzeugung:

- | | |
|---------------------------------------|--------------------------------------|
| Vertreter: | Stellvertreter: |
| R. Ehart, Speichthausen. | Geh. R.-R. Riethammer, Kriebstein. |
| R.-M. Dr. Gottstein, Wilmerdorf. | Direktor Hübner, Berlin. |
| Rechtsanwalt Lammers, Charlottenburg. | Direktor Igner, Achaffenburg. |
| Emil Bött, Innersteinal. | Gerhard Schoeller, Döna-brück. |
| Gen.-Dir. Sürst, Königsb-berg. | Direktor Hof, Oberstrot. |
| Direktor Schacht, Kröllwitz-Halle. | Stadtrat Cassierer, Char-lottenburg. |
| Dipl.-Ingenieur E. Kaul, Dresden. | R.-M. Hans Klemm, Mannheim-Baldhof. |
| Dr. E. Schuchhardt, Dresden. | R.-M. Brettschneider, Wolfsgrün. |
| R.-M. Schinkel, Penig in Sachsen. | Konrad Methner, Ziegen-hals. |
| Dr. v. d. Osten-Sacken, B.-Glabbach. | Direktor Böhm, Gernsbach. |
| Wald. Fritscher, Pirna a. d. Elbe. | Otto Kühnemann, Bette-hammer. |
| Direktor Tilly, Oster a. S. | R.-M. Offenheimer, Ostriftel. |
| G. Händl, Augsburg. | E. Medicus, Deutenhofen. |

Arbeitnehmervertreter im Gesamtausschuß der Papiererzeugung:

- a) Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands:
- | | |
|------------------------------------|--------------------------------------|
| Vertreter: | Stellvertreter: |
| Rich. Gleitsmann, Berlin-Teltow. | Bernh. Güniger, Char-lottenburg. |
| Anton Klein, Berlin. | F. Haberland, Obermünde bei Stettin. |
| Hermann Müller, Berlin. | Fritz Thiene, Breslau. |
| Otto Hilpmann, Dresden. | Emil Schnabel, Mügeln bei Dresden. |
| Gustav Stähler, Hannover. | F. Wögel, Göttingen. |
| Paul Wahler, Düsseldorf. | Adolf Weber, München. |
| Johann Graf, München. | Peter Kiebel, Pasing bei München. |
| Leo Wörner, Rannstatt. | Leop. Karle, Karlsruhe. |
| Eduard Beyser, Reidenfels (Pfalz). | Gustaf Schenk, Lindenberg (Pfalz). |

b) Zentralverband christlicher Fabrikarbeiter Deutschlands:

- | | |
|--------------------------|--------------------------|
| Vertreter: | Stellvertreter: |
| Bernhard Lins, Berlin. | Karl Schneider, Berlin. |
| H. Ruhn, Berlin. | Rudolf Kofsch, Hannover. |
| Fr. Wettenmann, München. | August Ruhn, Mannheim. |

c) Gewerbeverein der deutschen Fabrik- und Handarbeiter (G.-D.):

- | | |
|--------------------------|--------------------------|
| Vertreter: | Stellvertreter: |
| Gustav Graf, Berlin. | Gustav Sonntag, Berlin. |
| Hilmar Raab, Berlin. | Adolf Weide, Berlin. |
| Oskar Muckrasch, Berlin. | Hermann Schopps, Berlin. |

Vorstandsmitglieder der Zentralarbeitsgemeinschaft:

- | | |
|--------------------------|----------------------------------|
| Arbeitgeber: | Stellvertreter: |
| Vertreter: | R.-M. Dr. Gottstein, Wilmerdorf. |
| Direktor Krämer, Berlin. | |

Arbeitsnehmer:

- | | |
|-------------------------|----------------------|
| Hermann Müller, Berlin. | Joseph Seig, Berlin. |
|-------------------------|----------------------|

Ausschussmitglieder der Zentralarbeitsgemeinschaft:

- | | |
|----------------------------------|--------------------------------|
| Arbeitgeber: | Stellvertreter: |
| Vertreter: | Gerhard Schoeller, Döna-brück. |
| R.-M. Dr. Gottstein, Wilmerdorf. | |

Arbeitsnehmer:

- | | |
|---------------------------|----------------------|
| Gustav Stähler, Hannover. | Anton Klein, Berlin. |
|---------------------------|----------------------|

Vorstandsmitglieder der Reichsarbeitsgemeinschaft für das Papierfach:

- | | |
|----------------------------------|--------------------------------|
| Arbeitgeber: | Stellvertreter: |
| Vertreter: | Gerhard Schoeller, Döna-brück. |
| R.-M. Dr. Gottstein, Wilmerdorf. | |

Arbeitsnehmer:

- | | |
|--------------------------------|--------------------------------------|
| Rud. Ehart, Speichthausen. | Geh. R.-R. Riethammer, Kriebstein. |
| Gen.-Dir. Sürst, Königsb-berg. | Stadtrat Cassierer, Char-lottenburg. |

Arbeitsnehmer:

- | | |
|-------------------------|----------------------|
| Hermann Müller, Berlin. | Gustav Graf, Berlin. |
|-------------------------|----------------------|

Vorsitzende der Reichsarbeitsgemeinschaft für das Papierfach:

- | | |
|---------------|--------------------------|
| Arbeitgeber: | Direktor Krämer, Berlin. |
| Arbeitnehmer: | Hermann Müller, Berlin. |

Vertreter der Reichsarbeitsgemeinschaft für das Papierfach im Reichswirtschaftsrat:

- | | |
|---------------|---------------------------|
| Arbeitgeber: | Direktor Krämer, Berlin. |
| Arbeitnehmer: | Gustav Stähler, Hannover. |

Zucker-Industrie

Preistreiberei oder Förderung der Zuckerwirtschaft?

Unter der Überschrift „Förderung der Zuckerwirtschaft“ brachten wir in Nr. 2 des „Proletarier“ eine kurze Mitteilung über Zuderpreisrückstellungen zwecks Förderung des Zuderüberflusses. Wenn wir heute nochmals auf diese Angelegenheit zurückkommen, so veranlaßt uns dazu ein Artikel in der „Deutschen Zucker-Industrie“, in dem es heißt:

„Die Zustände der Regierung lehnen sich eng an die vom Verein der Deutschen Zucker-Industrie gemachten Vorschläge an. Eine Erhöhung des Verbrauchszuckerpreises um 25 Mk. für den Berliner

erhem als eine nicht unerhebliche Vergütung. Betrachtet man den Sachverhalt näher, so erhebt sich die Bedenkenfrage...

Es wird also zunächst zugestanden, daß die Regierung die Wünsche der Zuckerproduzenten voll berücksichtigt hat...

Wir hatten bisher einen Rohzuckerpreis von 27,50 Mk. pro Zentner. Zu Beginn der diesjährigen Kampagne sollte nun der Preis für 1919/20 festgesetzt werden...

Wenn irgendeine Berufsgruppe es verstanden hat, aus der Haut des deutschen Volkes während des Krieges Niemen zu schneiden, so waren es die Landwirte...

Ueber die festgesetzten Preise heute noch viel Worte zu verlieren, ist überflüssig; jedoch möchten wir es nicht unterlassen, darauf zu verweisen, daß wir als zuständige Arbeiterorganisation für die Zucker-Industrie auch bei der diesmaligen Preisregulierung wieder vor fertige Tatsachen gestellt wurden...

Indes scheint es uns verständlich, daß die Unternehmer unsere mahnende Stimme nicht gern hören. Glauben sie doch ihren Profit gefährdet, wenn die Regierung auch die warnende Stimme der Arbeiter hört...

Die Erhöhung des Zuckerpreises für das nächste Jahr auf 150 Mk. ist eine für das ganze deutsche Wirtschaftsleben so tief einschneidende Maßnahme, daß bei diesen Beratungen auch die zuständige Arbeiterorganisation mit herangezogen werden mußte...

Die Regierung hat sich den vom großen Verein für den Fall der Abschaffung der Zwangswirtschaft gewünschten Vorschlag eines Rohzuckerpreises von 150 Mk. für den Zentner Rohzucker zu eigen gemacht...

Auch hier wird erneut klipp und klar gesagt, daß auch nächstes Jahr noch nicht alle Hoffnungen der Unternehmer erfüllt werden können. Hierzu ist wohl die Frage erlaubt: Wie weit gehen die Hoffnungen und Wünsche der Zucker-Industriellen und ihrer Hintermänner, der Landwirte?

Der Rohzuckerpreis sollte für die verfloßene Kampagne ursprünglich 4 Mk. pro Zentner betragen. Durch die neue Preiserhöhung dürfte er 5,50 Mk. kaum erreichen. Nach dem nächstjährigen Preise soll es nach dem Urteil der Deutschen Zucker-Industrie oder ihrer Gewährsmänner möglich sein, 10 bis 12 Mk. pro Zentner zu zahlen...

Wir wollen hoffen, daß die Unternehmer künftig bei Lohnfragen auch eine so weitwichtige Politik treiben, wie sie die Regierung ihnen gegenüber betrieben hat. Hoffentlich käufchen wir uns da nicht.

Förderung der Zuckererzeugung.

Zu der unter obiger Ueberschrift erschienenen Notiz in Nr. 2 des Proletariers ist nachzutragen, daß nicht der Verbrauchszucker wie es irrtümlich in der Notiz heißt, sondern der Rohzucker auf den Preis von 53 Mk. für 1919/20 festgesetzt wurde...

Verschiedene Industrien

Patrioten.

Das Kapital war vor dem Kriege schon international brüderlich verknüpft im ureigensten Interesse der Kapitalinhaber und zur Schröpfung der Proletarier aller Länder, und wo es ging, auch zur gehörigen Schröpfung des geliebten Vaterlandes, d. h. der Reichskasse resp. der Steuerzahler...

Während des Krieges sind infolge der Sequestrationen die ausländischen Kapitalien in deutschen Unternehmungen abgelöst worden. Umgekehrt war das gleiche der Fall. Nachdem der Krieg zu Ende ist, scheint wieder eine rückläufige Bewegung einzusetzen...

Hier zeigt sich ein anderes Bild. Die drohende Gefahr einer Ueberforderung der großen deutschen Delmühlen-Gesellschaften wurde erkannt, Vorbeugungsmaßnahmen ergriffen, leider vielleicht zu spät...

Ueber die Stellung und Anwartschaft der Arbeiterklasse in solchen Fragen herrscht kein Zweifel. Sie beurteilt das Verhalten des ungenannten-besetzten Patrioten, der seine Hand dazu bietet, deutsche Industrien an das Auslandskapital anzuknüpfen...

Aber noch eine andere Frage wäre hier anzuhängen. Waren vor dem Kriege nicht auch deutsche Kapitalien in ausländischen Unternehmungen investiert? Wird das in Zukunft nicht wieder der Fall sein?

Zunehmend, die deutsche Arbeiterklasse ist unter den heutigen Verhältnissen im eigensten Interesse gezwungen, vorwiegend rein nationalpolitische Wirtschaftspolitik zu treiben. Nicht aus Liebe zu den Unternehmern, sondern aus reinem Selbsthaltungstrieb...

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

Erhöhung der Zulagen zu Verletztenrenten aus der Unfallversicherung.

Leider haben die Berufsvereinigungen sich nicht dazu aufschwingen können, den hungernden Unfallrentnern die durch eine Verordnung festgesetzte Erhöhung der Zulagen ohne weiteres anzuzahlen. Die Genossenschaften rechnen anscheinend mit der Unzufriedenheit vieler Rentenbezieher und sparen dadurch Geld...

bringen erneut die betreffenden Hinweise, damit unsere unfallverletzten Mitglieder zu ihrem Rechte kommen.

Die Erhöhung der Zulagen zu den Unfallrenten ist durch eine Verordnung vom 27. November 1919 erfolgt. Danach wird den Verletzten, wenn sie nicht Ausländer sind, die sich im Ausland aufhalten, und wenn nicht Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß die Zulage nicht benötigt wird, auf Antrag eine monatliche, im voraus zahlbare Zulage zu ihrer Rente für die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis zum 31. Dezember 1920 gewährt...

Die Bestimmungen in den Abschnitten II, Absatz 2, III und IV, Absatz 1 und 2, der Verordnung über die Weitergewährung von Zulagen zu Verletztenrenten aus der Unfallversicherung vom 2. Dezember 1918 gelten entsprechend. Die Zulage beträgt monatlich 20 Mk.

Die erhöhte Zulage sollte laut Verordnung vom 1. Oktober 1919 rückwirkend zur Auszahlung kommen, jedoch nicht länger als drei Monate rückwärts können nach § 5 der Bekanntmachung vom 17. Januar 1918 diese Zulagen gemährt werden...

Die Frage, ob alle Rentenbezieher, die die Zulage von monatlich 8 Mk. bisher bekommen haben, verständig sind, den Antrag auf Erhöhung zu stellen, ist nicht un- zu verneinen. Denn es heißt ausdrücklich „auf Antrag“...

Berichte aus den Zahlstellen.

Böding. Am 3. Januar fand unsere ziemlich gut besuchte Mitglieder-berausammlung statt. Kollege Markgraf gab die Abrechnung vom vierten Quartal und den Jahresbericht bekannt, der sich wie folgt zusammenfügt: Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 6973,60 Mk., an die Hauptkasse wurden gesandt 5189,70 Mk. Die Lokalkasse hatte am Schluß des 4. Quartals einen Bestand von 191,78 Mk. Die Einnahmen in den vier Quartalen zusammen betragen 3987,93 Mk., dem stand eine Ausgabe von 3242,20 Mk. gegenüber...

Neubrandenburg. Unsere Zahlstelle hielt am 2. Januar ihre Monatsversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: Neuwahl des gesamten Verwaltungspersonals und die Befolgung des Vorstandes. Die gesamten Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Die Befolgung wurde von der Versammlung etwas erhöht...

Weihenfels. In der am 20. Dezember 1919 tagenden Mitglieder-berausammlung wurde die Ortsverwaltung durch Versammlungsbefehl beauftragt, dem nächsten Verbandstag einen Antrag zu unterbreiten, wonach das Unterstützungsverfahren einer Neuregelung zu unterziehen sei...

Rundschau.

Beihilfe für notleidende Kriegshinterbliebene.

Die Reichsregierung hat nunmehr 100 Millionen Mark zur schleunigen Gewährung von Beihilfen an notleidende Kriegshinterbliebene zur Verfügung gestellt. Mit der Verteilung der Mittel werden die amtlichen Fürsorgestellen der Hinterbliebenen beauftragt. Die Beihilfen sollen in jeder Linie Kriegserwitwen mit Kindern, Witwen und älteren oder tranken Witwen zugute kommen...

Der Höchstfuß der Beihilfe beträgt voraussichtlich für jedes Kind (Halbwaise) monatlich 20 Mk.; daneben wird im Bedarfsfalle auch der Mutter eine Beihilfe von 20 Mk. gewährt. Der Höchstfuß der Beihilfe für Witwen, Witwen ohne Kinder und Kriegserwitwen soll 25 Mk. monatlich betragen.

Die Beihilfen können für die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis 31. März 1920 bewilligt werden.

Auskunft wird erteilt in der Geschäftsstelle des Bundes Deutscher Kriegsteilnehmer beim Kamerad G. H. Stübler, Hannover, Hildesheimer Straße 1a, 2. Eingang Liebfrauenstraße.

Die Tuberkulosesterblichkeit.

Die Tuberkulose ist eine Volkskrankheit, insbesondere dort, wo schlechte Ernährung der Bevölkerung oder doch eines Teiles derselben zu verzeichnen ist. Wenn auch noch andere Ursachen für das Auftreten der Tuberkulose in Betracht kommen, so steht doch

